

# Ülker Radziwill



BERLIN

SPD

## NEWSLETTER 10/2020 - Ülker Radziwill MdB

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn, liebe Genossinnen und Genossen,



der Herbst bringt es mit sich, dass das Risiko einer zweiten Welle zunimmt. Das Leben verlagert sich zunehmend von draußen nach drinnen. Vorsicht und Prävention müssen weiterhin die obersten Maximen in diesen Zeiten lauten. Daher haben Senat und Bezirke reagiert. Ab Samstag wird es eine Obergrenze bei privaten Feiern von 25 Personen drinnen und 50 Personen draußen geben. In Büros und Verwaltungsgebäuden gibt es eine Maskenpflicht, solange man nicht am Schreibtisch sitzt. Dass wir in einer dicht besiedelten Metropole strengere Regeln benötigen

als in anderen Bundesländern, ist verantwortungsbewusst. Lasst uns bitte weiterhin entschieden die Empfehlungen der Expert\*innen befolgen: Abstand halten, Menschenmengen meiden und eine Gesichtsmaske tragen, Hände waschen und desinfizieren. Partys und auch Reisen in Corona-Hotspots sind unverantwortlich in diesen Zeiten und sollten unbedingt vermieden werden.

Dieser Oktober hält viel Erfreuliches bereit: Am Tag der deutschen Einheit können wir 30 Jahre Wiedervereinigung feiern - für Die einst geteilte Stadt ein ganz besonderes Erlebnis. Auch heute noch brauchen wir mehr Anstrengungen für die Gleichheit der Menschen in Ost und West. Und wir feiern 100 Jahre Groß-Berlin. Hier ist das Fundament für die Metropole Berlin besonders von vielen Sozialdemokraten gelegt worden.

Um so schöner, dass bei der SPD Berlin mit Franziska Giffey eine in der DDR geborene Powerfrau am 31.10.2020 gemeinsam mit Raed Saleh, mit Migrationsbiografie, für die Spitze der Berliner SPD zur Wahl steht. Am selben Tag verabschieden wir auch unseren langjährigen Landesvorsitzenden Michael Müller, der nun mit all seiner Expertise und Erfahrung sich um die Bundestagskandidatur im Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf bewirbt. Ich freue mich auf einen fairen und spannenden innerparteilichen Wettbewerb. Wir werden im nächsten Jahr alle gemeinsam dafür sorgen, dass der Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf wieder sozialdemokratisch im Bundestag vertreten wird. Last but not least öffnet am 31. Oktober auch der BER. Was für ein besonderer Tag!

Ihre/Eure Ülker Radziwill



### 3. OKTOBER - TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT!

Ich wünsche Ihnen einen schönen Einheitsfeiertag 2020. Genießen Sie den beginnenden Herbst mit weiterhin kleinen Einschränkungen, am besten an der frischen Luft, und bleiben Sie gesund.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-1003-400 / Grimm, Peer / CC-BY-SA 3.0, gesund.

KIEZ-BÜRO FRIEDBERGSTR. 36  
Öffnungszeiten:  
Montag 11:00 bis 17:00 Uhr  
Mittwoch 12:00 bis 18:00 Uhr  
Donnerstag 14:30 bis 18:30 Uhr

### TERMINE IM OKTOBER

Donnerstag, 01.10.20 - 10:00  
**Plenarsitzung**

Donnerstag, 08.10.20 - 17:00  
**Telefonische Sprechstunde**

Montag, 05.10.20 - 12:00  
**Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation**

Donnerstag, 15.10.20 - 17:00  
**Telefonische Sprechstunde**

Donnerstag, 22.10.20 - 17:00  
**Telefonische Sprechstunde**

Montag, 26.10.20 - 09:00  
**Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung**

Donnerstag, 29.10.20 - 09:00  
**Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales**

Donnerstag, 29.10.20 - 17:00  
**Telefonische Sprechstunde**



# 100 JAHRE GROSS- BERLIN

[www.berlin.de/  
berlin100/](http://www.berlin.de/berlin100/)

### Rettungsschirm für Vereine: Ehrenamts- und Vereinshilfen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie gestartet

Das Land Berlin hat Soforthilfen für unter der Pandemie leidende Vereine eingerichtet. Dafür habe ich mich eingesetzt, denn es gibt Vereine, die auf Einnahmen aus Veranstaltungen, Gruppenreisen, etc. angewiesen sind, die aber seit Monaten ausfallen. Daher können gemeinnützige Vereine und Organisationen vom 1. bis 25. Oktober 2020 „Ehrenamts- und Vereinshilfen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie“ (Soforthilfe X) beantragen. Eine Förderung ist in der Regel bis zu einer Höhe von 20.000 Euro möglich. Sie wird als Zuschuss gewährt, der nicht zurückgezahlt werden muss. Dafür stellt der Berliner Senat Mittel in Höhe von insgesamt 4,9 Mio. Euro zur Verfügung.

Antragsberechtigt sind Vereine und Organisationen mit Sitz in Berlin, die gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen und als steuerbegünstigt anerkannt sind, in denen ehrenamtliches Engagement eine tragende Rolle spielt, die sich zur Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement und zu einer vielfältigen Gesellschaft bekennen und sich gegen Diskriminierung, Gewalt, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellen, die glaubhaft machen können, dass Liquiditätseingänge infolge der Corona-Pandemie zu Existenzbedrohung führen.

Die Ehrenamts- und Vereinshilfen werden auf Antrag in Form von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Härten gewährt. Auf die Gewährung besteht kein Anspruch. Die Liquiditätseingänge der antragstellenden Organisation müssen ursächlich und nachweisbar auf den Wegfall von Einnahmen durch die Corona-Pandemie zurückzuführen und existenzgefährdend sein.

Wichtig: Die Ehrenamts- und Vereinshilfen werden als eine einmalige, nicht rückzahlbare Leistung als Zuschuss in Form eines Schadensausgleichs gewährt. Diese Billigkeitsleistungen werden nur für existenzbedrohliche Liquiditätseingänge gewährt, die zwischen dem 17. März und dem 30. September 2020 entstanden sind. In Abhängigkeit von den Gesamtausgaben und der finanziellen Belastung der antragstellenden Organisation werden Mittel in Höhe von grundsätzlich bis zu 20.000 Euro pro Antrag gewährt. Ausnahmen sind in besonders schwerwiegenden Fällen möglich. Billigkeitsleistungen nach diesem Programm können nur bewilligt werden, wenn die Höhe des verbleibenden Liquiditätseinganges insgesamt mindestens 1.000 Euro beträgt.

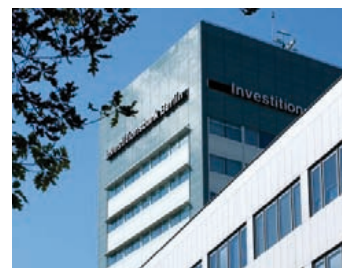
Weitere Informationen zu den Ehrenamts- und Vereinshilfen sind auf dem Engagementportal [bürgeraktiv](#) und der Webseite der Investitionsbank Berlin (IBB) zu finden. Am 21. September ab 15 Uhr finden Sie auf der IBB-Webseite detaillierte FAQs, die zahlreiche Fragen rund um die Antragstellung beantworten. Das Antragsformular wird ebenfalls dort ab 1. Oktober ausschließlich digital bereitstehen.

### Berlin hilft Kulturschaffenden: Soforthilfe IV 2.0 startet

Berlin hat eine einzigartige Kultur-, Club- und Medienszene, die von der Pandemie besonders betroffen ist. Als einziges Bundesland hat Berlin deshalb eine Soforthilfe für die Kulturbranche geschaffen. Denn diese Szene gilt es zu bewahren und gut durch die Krise zu bekommen. Die Anträge auf Mittel aus dem Soforthilfeprogramm IV 2.0 können von Montag, 31. August 2020, 9 Uhr bis zum Freitag, 4. September 2020, 18 Uhr in einem ausschließlich online-basierten Antragsverfahren über die Website der Investitionsbank Berlin (<http://www.ibb.de/soforthilfe4>) eingereicht werden. Ob Sie antragsberechtigt sind, können Sie in diesem FAQ gut selbst prüfen:

<https://www.ibb.de/de/wirtschaftsfoerderung/themen/coronahilfen/faq-soforthilfe-iv.html>

Selbstverständlich steht Ihnen mein Büro für Fragen offen. Wichtig ist, dass an der Soforthilfe IV 2.0 nur Unternehmen mit mindestens 2 Beschäftigten teilnehmen können. Die besonders hart von der Corona-Krise betroffenen Kultur- und Medienunternehmen mit mind. 2 Beschäftigten können dann Zuschüsse bis zu 25.000 EUR zur Überwindung einer existenzbedrohenden Wirtschaftslage beantragen. In begründeten Ausnahmefällen können bis zu 500.000 EUR beantragt werden



### AB SOFORT JEDEN DONNERSTAG SPRECHSTUNDE



Jeden Donnerstag von 17 bis 18.30 Uhr bin ich persönlich für Sie zu sprechen unter der Telefonnummer

**030 23 25 22 15**

Bitte melden Sie sich vorher an unter [kiezbuero \(at\) uelker-radziwill.de](mailto:kiezbuero@uelker-radziwill.de)

**Nächste Termine:**  
8., 15. und 25.10.2020

Eine ganz einfache Art der Bürgerbeteiligung: Auf [www.change.org](http://www.change.org) finden Sie diese und viele andere Petitionen:

<https://www.change.org/p/senatsverwaltung-fuer-umwelt-verkehr-und-klimaschutz-gruen-gesund-gerecht-deckel-auf-die-a100>

Auf meiner Website finden Sie auch einen direkten Link.



## Rückblick Fraktion vor Ort: Die sozialen Folgen der Pandemie

Meine **Fraktion vor Ort** vom 12.-18.9.2020 stand ganz im Zeichen der sozialen Folgen der Pandemie. Dazu habe ich mich mit Expert\*innen aus dem Wahlkreis besonders betroffener Zielgruppen getroffen und beraten. So habe ich über die Situation für Alleinerziehende, Jugendliche, Selbsthilfegruppen und in Schulden geratener Menschen gesprochen. Mit dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter ging es um die schwierige Situation vieler Alleinerziehender bei der Vereinbarung von Familie und Beruf, mit den jungen Gründern von Krisenchat um die Problemlagen Jugendlicher. Mit der Schuldner- und Insolvenzberatung sprach ich über aktuelle Herausforderungen in der digitalen Beratung. Bei SEKIS e.V., die Selbsthilfegruppen in Charlottenburg-Wilmersdorf koordinieren, wurden die Lagen spezifischer Zielgruppen erörtert. Darüber hinaus informierte ich Vereine über die Corona-Soforthilfen.

Darüber hinaus stand ich den Bürger\*innen Rede und Antwort bei zwei mobilen Sprechstunden am Klausenerplatz und am Lietzensee. In den Gesprächen ging es neben der Situation auf Moria und Corona-Maßnahmen vor allem auch um den Umbau des Autobahndreiecks Funkturm. Für meinen Einsatz für einen stadtverträglichen Umbau sowie der Deckelung der A100 habe ich viel Zuspruch erhalten, was mich sehr freut.

## 100 Menschen demonstrieren GEGEN Verdrängung und FÜR Milieuschutz am Amtsgerichtsplatz und Schloßstraße

Vor mehr als drei Jahren brachten 1.500 Einwohner\*innen einen Antrag ein, der Milieuschutz vom Klausenerplatz bis zum Amtsgerichtsplatz forderte. Herausgekommen ist nach einer Entscheidung des Stadtrats für Bauen nur das Gebiet Klausenerplatz-Kiez als Milieuschutzgebiet. Am 18.8.2020 demonstrierten nun Anwohner\*innen für Milieuschutz am Amtsgerichtsplatz und in der Schloßstraße. In meinem Redebeitrag habe ich deutlich gemacht, dass etwa 2.300 Haushalte unter 2.000 Euro netto verdienen, wie ein Gutachten ergeben hat, und diese Gruppe von Verdrängung betroffen ist. Ich freue mich, dass die SPD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf einen Antrag am 19.8.2020 einbringt, in welchem die Festlegung als Milieuschutzgebiet eingefordert wird.

## Seehofers kaltes „Nein“ zum Berliner Landesaufnahmeprogramm: Wie geht es weiter?

Berlin möchte eigenständig Verantwortung in der Flüchtlingspolitik zeigen und vorangehen und hatte daher ein Landesaufnahmeprogramm verabschiedet. Dieser humane Akt war nicht nur wichtig für die Menschen, die dort unter nicht lebenswürdigen Umständen untergebracht sind, sondern auch ein Akt europäischer Solidarität, Griechenland mit dieser Verantwortung nicht allein zu lassen. Doch Seehofer verbietet dem Land Berlin die Aufnahme Geflüchteten genauso wie hunderten weiteren Kommunen, die sich bereit erklärt haben, Geflüchtete aufzunehmen. Diese antihumanitäre Haltung Seehofers hat Tradition. Denn Berlin wollte auch mehrmals aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufnehmen genauso wie hundert weitere Kommunen in Europa. Doch Seehofer untersagte die Aufnahme jedes Mal.

Ich danke Innensenator Geisel für seinen couragierten Einsatz. Er hatte die Landesaufnahmeanordnung erarbeitet. Nachdem das Lager abgebrannt war, ist er sogar nach Athen gereist. Die Bundesregierung hat nach großem Druck aus der Zivilgesellschaft und der SPD sich inzwischen bereit erklärt, etwa 1.500 Geflüchtete aufzunehmen (ausschliesslich Familien). Für eine weitere Aufnahme bedarf es zwingend eines Runden Tisches zwischen Bund, Ländern und Kommunen, damit die Aufnahme weiterer Menschen in aufnahmewillige Kommunen gelingen kann. Hier bei zähle ich auf den Einsatz unserer sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung.



Foto: Besuch des Verbands der alleinerziehenden Mütter und Väter



Fotos wikipedia, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Better\\_Days\\_in\\_Moria.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Better_Days_in_Moria.jpg)

## SPD Berlin: Wir fordern eine Gewerbemietpreisbremse! Gerade jetzt!

Verdrängung von Gewerbe ist schon länger ein Phänomen, das in Berlin beobachtet werden kann. Am Deutlichsten tritt dieses Phänomen in Gentrifizierungsgebieten auf. Es trifft vor allem alteingesessenes Gewerbe, aber auch Vereine, Kitas oder Kneipen. Schützen wollen wir als SPD Berlin schon lange Gewerbetreibende vor exorbitanten Mietsteigerungen. Jetzt im Zuge der Corona-Krise wird deutlich, dass Gewerbetreibende am meisten Sicherheit bekommen, wenn ihre Mietpreise kalkulierbar und nach oben begrenzt werden. Denn mit dem Wegfall von Einnahmen in der Pandemie sind schon jetzt die hohen Mietzahlungen ein zusätzliches Riesen-Problem für viele Gewerbetreibende. Fällt im Herbst der Corona-Kündigungsschutz weg, kann das das Ende für weitere Gewerbeeinheiten bedeuten. Das habe ich nicht zuletzt bei meiner Gewerbetour im Wahlkreis (s.u.) erfahren, bei der ich mehr als 400 Geschäfte und Gaststätten besucht hatte.

Daher haben wir im Landesvorstand der SPD Berlin beschlossen, Gewerbemieten zu begrenzen. Konkret fordern wir den Gesetzgeber erneut auf, geeignete Regelungen zu schaffen, um äquivalent zur Mietpreisbremse bei Gewerben eine Begrenzung der zulässigen Miethöhe bei Mietbeginn zu ermöglichen und gegebenenfalls auch Mieten abzusenken. Um örtliche Faktoren berücksichtigen zu können, sollte es den Ländern ermöglicht werden, Gebiete mit angespannten Gewerberaummärkten zu bestimmen, in denen die Regelungen zur Verlangsamung der Mietpreisentwicklung analog zur Mietpreisbremse gelten bzw. eine Deckelung analog zum Mietendeckel eingeführt werden kann



### 400 Geschäfte und Gastronomien besucht

Mit meinem Team habe ich 400 Geschäfte, Bars, Restaurants und Cafés im Wahlkreis besucht und mich erkundigt, ob die Soforthilfen gut ankamen und was die aktuellen Sorgen sind. Eingeladen habe ich alle besuchten Geschäfte zu einem Talk mit unserem Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann und mir.

Auch wenn die Soforthilfen überwiegend gut ankamen und das unbürokratische Konzept der Hilfen sehr gelobt wurde, hat die Pandemie das Gewerbe vor Ort getroffen. So kam es auch in Charlottenburg zu Schließungen. Für mich ist es wichtig, dass die lokale, gewerbliche Infrastruktur erhalten bleibt und langfristig gestärkt wird. Gerade auch aus sozial-, klimatischer- und demographischer Perspektive ist das wichtig. Denn um die Ecke kann auch mit Rollator, mit Kinderwagen und ohne Auto eingekauft werden. Eine Mietpreisbremse für Gewerbe würde vielen Geschäften Planungssicherheit geben. Das ist ein Ergebnis, das ich aus den Gesprächen mitnehme.



### Neue Ausstellung »Mehmet Dedeoglu« ab Ende Oktober in meinem Kiez-Büro.

Aufgrund der Kontakteinschränkungen der Covid-19-Pandemie darf die Ausstellung nur von 8 Personen gleichzeitig betreten werden. Eine Vernissage kann daher leider nicht stattfinden. Sie sind jedoch herzlich eingeladen, sich diese Foto-Ausstellung jederzeit während der Büro-Öffnungszeiten anzusehen.



Meine Ausschuss-Arbeit im Berliner Abgeordnetenhaus

Im Berliner Abgeordnetenhaus arbeite ich in der aktuellen Legislatur als

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion und

Mitglied im Ältestenrat

sowie als Mitglied folgender

## AUSSCHÜSSE

1- Vorsitzende des Ausschusses Stadtentwicklung und Wohnen

sowie als Mitglied der Ausschüsse:

2- Integration, Arbeit und Soziales  
3- Gesundheit, Pflege und Frauen,  
4- Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation.

Für die SPD-Fraktion bin ich Sprecherin für Sozial-, Senioren- und Pflegepolitik sowie Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation.

Die Sitzungstermine aller Ausschüsse, alle Plenartermine, sowie die Protokolle der jeweiligen Sitzungen finden Sie auf der Website des Abgeordnetenhauses unter: [www.parlament-berlin.de/de/Dokumente](http://www.parlament-berlin.de/de/Dokumente)

WIR FORDERN:

# GEWERBE MIETPREIS BREMSE JETZT!

BERLIN

SPD